

4455/AB
Bundesministerium vom 10.02.2021 zu 4478/J (XXVII. GP) sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Rudolf Anschober
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.822.921

Wien, 15.1.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 4478 /J der Abgeordneten Peter Wurm, Walter Rauch, Peter Schmiedlechner, Christian Ries und weiterer Abgeordneter betreffend Betrugsfälle mit Prepaid-Karten** wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Ist Ihnen als Konsumentenschutzminister die Problematik von Betrugsfällen mit Prepaid-Karten bekannt?*
- *Wenn ja, seit wann?*
- *Wie viele Bürger- und Konsumentenkontakte hat es zur Problematik von Betrugsfällen mit Prepaid-Karten seit 2007 in Ihrem Konsumentenschutzministerium gegeben?*

Die Problematik ist der für den Konsumentenschutz zuständigen Gruppe III/A meines Ressorts seit einigen Monaten aufgrund von Medienberichten bekannt. Nach diesen Berichten kam es seit dem Spätsommer 2020 wiederholt zu Betrügereien im Zusammenhang mit Prepaid Karten wie beispielsweise der paysafecard, die von der E-Geld-Emittentin Prepaid Services Company Limited herausgegeben wird.

Solche Prepaid Karten kann man in Trafiken, Tankstellen, Supermärkten oder anderen Geschäften kaufen. Gegen Bezahlung des auf der Karte aufgedruckten Euro-Betrags erwirbt man ein E-Geld-Guthaben in dieser Höhe, mit dem man im Internet anonym bezahlen kann. Dabei muss man lediglich die der jeweiligen paysafecard zugeordnete PIN angeben, die man beim Kauf der Karte auf einem Papierausdruck oder elektronisch mitgeteilt erhält.

Nach den vorliegenden Medienberichten gelang es Betrüger*innen, Angestellten von Unternehmen, bei denen man die Prepaid Karten kaufen kann, PIN's mit der Behauptung herauszulocken, man führe für die Emittentin der Karten Kontrollen durch. Opfer dieser Beträgereien wurden daher nicht Konsument*innen, die solche Prepaid Karten erworben hatten, sondern Unternehmen bzw. Angestellte von Unternehmen, bei denen man die Karten erwerben kann.

Mein Ressort war in den letzten Monaten mit keiner Beschwerde von Konsument*innen befasst, die im Zusammenhang mit Prepaid Karten Opfer eines Betrugs wurden. Nach den uns vorliegenden Informationen handelt es sich auch nicht um ein Problem, das Konsument*innen betrifft, die solche Karten erworben haben.

Fragen 4 bis 6:

- *Hat es im Konsumentenschutzministerium bereits Initiativen dazu gegeben, die Problematik von Beträufällen im Kunden-Unternehmergebskontakt zu behandeln?*
- *Wenn ja, in welcher Art und Weise?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Betrug ist ein strafrechtliches Delikt und daher von den Strafverfolgungsbehörden zu behandeln. Um aber va im Bereich des Internets, aber auch bei elektronischen Zahlungen, bei den Bürger*innen die notwendige Aufmerksamkeit zu schaffen, wird die Internet-Ombudsstelle mit der Watchlist Internet gefördert.

Fragen 7 bis 11:

- *Welche Abteilung im Konsumentenschutzministerium behandelt diese Fragestellungen, Bürger- und Konsumentenanliegen im Konsumentenschutzministerium?*

- Welche Aktenzahlen, Dokumente und Verfahren sind im Konsumentenschutzministerium dazu vorhanden?
- Sind Sie in Kontakt mit dem Innen- und Justizministerium, um die Problematik von Betrugsfällen im Kunden-Unternehmergebskontakt zu verhindern?
- Wenn ja, in welcher Art und Weise?
- Wenn nein, warum nicht?

Die zuständigen Abteilungen sind der Geschäftseinteilung zu entnehmen. Allerdings besteht für Betrugsfälle keine Zuständigkeit.

Frage 12 bis 18:

- Welche Projekte werden insgesamt durch das Konsumentenschutzministerium im Bereich von Betrugsfällen durch dubiose Geschäftemacher aktuell behandelt?
- Welche Aktenzahlen, Dokumente und Verfahren sind im Konsumentenschutzministerium dazu vorhanden?
- Welche Projekte wurden insgesamt seit 2007 durch das Konsumentenschutzministerium im Bereich von Betrugsfällen durch dubiose Geschäftemacher aktuell behandelt?
- Welche Aktenzahlen, Dokumente und Verfahren sind im Konsumentenschutzministerium dazu vorhanden?
- Hat sich insbesondere das Konsumentenschutzpolitische Forum mit diesen Fragestellungen im Zusammenhang von Betrugsfällen durch dubiose Geschäftemacher beschäftigt?
- Wenn nein, warum nicht?
- Haben Sie vor, dass sich das Konsumentenschutzpolitische Forum mit diesen Fragestellungen von Betrugsfällen durch dubiose Geschäftemacher in den Jahren 2021, 2022, 2023 oder 2024 damit beschäftigt?

Nachdem keine Zuständigkeit des Konsumentenschutzministeriums gegeben ist, keine Ermittlungen geführt und insbesondere auch keine Sanktionen gesetzt werden können, gibt es keine Befassung mit derartigen Fällen.

Mit freundlichen Grüßen,

Rudolf Anschober

